

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

107 (9.5.1927)

Aus dem Haushaltsausschuß des Landtags

Schweizer Milchfrankenschulden.

Eine Reihe von badischen Städten an der Schweizer Grenze wurde während des Krieges angehalten, ihre Milch aus der Schweiz zu beziehen. Durch diese Maßnahme wurde erreicht, daß die großen badischen Städte für ihre Bevölkerung Milch erhielten aus den deutschen Gebieten der Schweiz. Die Frankenschulden konnten infolgedessen an der Schweizer Grenze nicht abgedeckt werden, weshalb es im Juni 1922 zu einer Vereinbarung zwischen dem Reich und den schweizerischen Gläubigern einerseits und dem Land und Reich andererseits kam, demzufolge das Reich die Frankenschulden abtrug, das Land dem Reich gegenüber die Bürgschaft für die Gemeinden übernahm. Diese tragen nun die Milchschulden innerhalb 20 Jahren ab. Städte, die ihre Schulden ans Reich abgetragen haben, sind mit Aufwertungen zugunsten des Reiches begünstigt worden. Die Abtragung der Milchschulden ans Reich begünstigt die Abtragung der Milchschulden bedeutet bei den in Frage kommenden Gemeinden eine laufende Erhöhung der Umlage. Waldshut hat s. Z. 291 199 M. Milchschulden abgetragen. Eine rechtliche Verpflichtung des Landes, hier einzugreifen, besteht nicht; aber moralisch ist das Land hierzu verpflichtet. Die Schulden wurden auf Betreiben des Landtags abgetragen. Berichterstatter Dr. Fröhle legte die Verhältnisse eingehend dar, verneinte zwar die Rechtspflicht des Landes gegenüber den Gemeinden, betonte jedoch die moralische. Das Reich müßte endlich die Schulden selbstverständlich übernehmen.

Die Regierung hat wiederholt die moralische Verpflichtung des Landes, mehr noch des Reiches, gegenüber den oberbadischen Gemeinden betont. Es handelte sich um eine Gesamtschuld an Schweizer Gläubiger von 2 318 000 Fr. Man müsse mit dem Reich zu einer neuen Verständigung kommen. Den Forderungen der Stadt Waldshut, Übernahme der gesamten Milchschulden durch das Land könne jedoch nicht beigetreten werden. Einmal aber müsse die schwierige Frage gelöst werden.

Die Ansprache läßt erkennen, daß alleinig die Ansicht vorherrscht, daß es vor allem Aufgabe des Reiches sei, hier einzutreten. Der Reichsfinanzminister ist abgeneigt und scheidet die Dinge aus eigener Anschauung. Der Ausschuß beschließt einstimmig das Schicksal der Stadtgemeinde Waldshut in dem Sinne der Regierung empfehlend zu überweisen, daß die bad. Regierung beim Reich auf eine günstige Abmachung bezüglich der Tilgung der Milchfrankenschulden drängt.

Schulfragen im Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag nachmittag und Freitag vormittag mit einem Antrag der Abg. Kiesel u. Gen. (Fr.), der den Oberlehrern an Schulen mit mehr als 18 Lehrstellen den Titel Oberlehrer verleihen will. Berichterstatter ist Abg. Müller, der zunächst ein Wort über den schulischen Aufbau in Baden gibt. Die Zahl 18 sei willkürlich herausgegriffen. Es könnten durch diese Zahl Benachteiligungen gerade der älteren Oberlehrer vorkommen. Ein Zentrumsredner führt in der Begründung des Antrages aus, daß endlich ein Unrecht aufgehoben werden müsse. Eine Beschränkung auf die Stadtschulämter habe statgefunden, damit überhaupt etwas geschähe. Die Zahl 18 sei gewählt, um eine größere Zahl von Oberlehrern in Westfalen hineinzubringen. Auf die Zahl 10 könne nicht gegangen werden. Ein demokratischer Sprecher schließt sich den kritischen Bemerkungen des Berichterstatters an. Auch ihm liegt die Zahl 18 nicht, da ältere bewährte Kräfte unberücksichtigt bleiben würden. Die Lehrer in Pension getretenen Oberlehrer bemühen sich, ebenfalls in den Genuss der höheren Bezüge zu kommen. Ein Sprecher der Deutschen Volkspartei weist zunächst auf frühere Beschlüsse des Landtags hin, unter dem Finanzminister Dr. Köhler wurde der Standpunkt vertreten, daß aus budgetären Gründen nicht an die Titel und Befoldungsfrage herangetreten werden könne. Titel und Gehaltsfragen sollten getrennt behandelt werden. — Regierungsseitig wird festgestellt, daß der Antrag Kiesel zunächst keine finanzielle Wirkung habe.

Es ist ein etwas langer Weg, der hier gewählt wurde, um langgehegten Wünschen und Forderungen der Oberlehrer in den Städten zu entsprechen. Durch die Veränderung in der Schulaufsicht ist den Oberlehrern vor allem an größeren Schulen mit abnehmender Lehrstellen eine verantwortungsvolle Tätigkeit und ein erhöhtes Maß schulischer Arbeiten übertragen worden. Diese Maßnahmen laßen sicherlich auch im wohlverstandenen Interesse der Volksschulen, deren innerer schulischer Wert dadurch wesentlich gehoben wurde. Bald aber meldeste die mit der Schulaufsicht betraute Oberlehrer die Forderung auf eine höhere Einstufung an. Um dies nun durchzuführen zu können, sollen die Oberlehrer an größeren Schulen, an denen über 18 Lehrstellen vorhanden sind, zu Direktoren ernannt und später in die Gehaltsgruppe 10 eingereiht werden. Die Meinungen gehen aber auseinander; es fragt sich, ob man nicht auch die Oberlehrer an kleineren Schulen, etwa von über 10 Lehrstellen, zu Direktoren erheben soll, da ja auch sie keine verantwortungsvollen schulischen Arbeiten zu leisten haben, wie ihre Oberlehrerkollegen an größeren Schulen; zweitens aber lautet die Frage auf, ob sie, dann an kleineren Schulen tätig, in Gr. 9 verbleiben oder

Wer fehlt bei namentlichen Abstimmungen?

Von Hermann Müller-Franken.

Dem Kieler Parteitag liegt ein halbes Dutzend Anträge vor, die verlangen, daß gegen Abgeordnete, die im Reichstag und in den Landtagen bei wichtigen Abstimmungen unentschuldig fehlen, das verhängnisvolle Mißtrauen ausgesprochen werden soll. Wer die Begründung der Anträge liest, wird mit den Antragstellern darin übereinstimmen, daß von den Abgeordneten genau wie von jedem Genossen in den Betrieben höchste Pünktlichkeit zu verlangen ist. Das Mandat des Abgeordneten ist das höchste Ehrenamt, welches das Volk zu vergeben hat. Die Ausübung des Mandats muß deshalb für jeden Mandatsträger wichtigste Pflicht sein.

In dem Antrag „Müden“ ist ganz richtig hervorgehoben, daß das Mißtrauen nur bei unentschuldigtem Fehlen am Platze ist. Der Antrag „Müden“ will als Entschuldigung nur Krankheit oder unauflösbare Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten gelten lassen, der Antrag „Müden“ nur unabänderliche persönliche Verhältnisse. Unterzucht wird als praktisches Beispiel über das Arbeitszeitgesetz vom 8. April 1927. Das Sekretariat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in Nr. 4 der Parlamentarischen Blätter im Mitteilungsblatt des Parteivorstandes die Namen der 18 fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten veröffentlicht und in Klammern die Gründe angeführt, die die Abgeordneten entschuldigen sollen. Es erregt sich dabei, daß aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fehlten: wegen Krankheit 9, wegen Vorbereitung eines Parteitagstages 2 und ferner je einer wegen Teilnahme an den Verhandlungen über die Regierungsbildung eines Landes, wegen einer großen öffentlichen Volksversammlung, wegen der Führung der Geschäfte des Staatspräsidenten, wegen Vertretung in einem politischen Prozeß, wegen Teilnahme an Verhandlungen als Schlichter, wegen Tarifverhandlungen einer Gewerkschaft und endlich eine Genossin wegen Abfahrt zu einer Amerikareise.

Der hier unterzucht Fall dürfte typisch sein. Ich kann das als geschäftsführender Vorsitzender der Fraktion mit Recht behaupten, weil Parteigenossen, die unauflösbare Geschäfte wahrzunehmen haben, regelmäßig zu mir kommen und sich entschuldigen, sobald eine wichtige namentliche Abstimmung bevorsteht.

Geht man den angegebenen Entschuldigungsgründen einmal im Einzelnen nach, so muß festgestellt werden, daß sich die angegebenen Fälle selten vermeiden lassen. Von den Krankheitsfällen ist dabei ohne weiteres abzusehen. Die in den übrigen Fällen Ueberlastung mit Amtern vor, die es den betreffenden Parteigenossen nicht möglich machen, ihre Pflicht zu erfüllen? In Wirklichkeit ist die Zahl der Doppelmandate in der Reichstagsfraktion heute ganz gering. Wenn die Parteigenossen eines Landes Wert darauf legen, daß ein Abgeordneter gleichzeitig im Reichstag und Landtag sitzt, so tun sie das, weil sie die Ueberzeugung haben, daß eine solche Wahrung der Fülle mit der Reichspolitik der Politik ihrer Landtagsfraktion nützlich ist. Uebrigens machen die Parteigenossen einiger Länder von dieser Möglichkeit nicht einmal Gebrauch. Für die Reichstagsfraktion kann ich andererseits feststellen, daß es uns nicht nur stets angenehm, sondern auch nützlich gewesen ist, daß zwei führende preussische Politiker wie Otto Braun und Karl Severing gleichzeitig in der Fraktion des Reichstages und des Preussischen Landtages saßen und sich so laufend über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu allen Gesetzesvorhaben orientieren konnten.

Genau ist es für die Reichstagsfraktion von größtem Wert, daß führende Genossen aus den Gewerkschaften ständig in der Fraktion mitarbeiten. Wer den großen Mißtrauensfall kennt, in dem ein Gewerkschaftsführer zu arbeiten hat, wird verstehen, daß an manchem Tage, wenn wichtige Gewerkschaftsarbeiten auf dem Spiele stehen, die Pflicht des Gewerkschaftsführers der Pflicht des Abgeordneten vorausgehen muß. Einer der reichsten Reichstags-

ebenfalls nach Gruppe 10 verbracht werden sollen. Auch die Frage des Mißtrauensrechts der Städte bei der Ernennung der Direktoren ist kritisch; die einen möchten die Städte hier entscheidend, die anderen nur vorschlagend mitreden lassen. — Mit diesen Fragen befaßt sich der Haushaltsausschuß reichlich lange, ohne zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Wir lassen nachstehend den weiteren Verlauf der Verhandlungen folgen.

Ein demokratischer Sprecher kann sich nicht der Auffassung anschließen, daß die Veränderung der Schulaufsicht die Verhältnisse wesentlich verändere. Seine Fraktion lehne es ab, auf diesem Wege die Schulaufsicht weiter zu vergrößern. Sie wünsche aktive Lehrer, an Stelle von Aufsicht führenden. Der Grundcharakter der Schule und die Arbeitsintensität der Lehrkräfte müsse erhalten bleiben.

Eine Reihe von Änderungsanträgen sind inzwischen eingegangen. Das Zentrum ändert seinen ersten Antrag ab und verlangt, daß der § 120 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 folgende Fassung erhalte: „In den Volksschulen der Städte im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziffer 1 d Abs. 2 und 4 der Gemeindeordnung können für

abgeordneten war sicher der so jäh verstorbene Robert Dühmann. Aber als Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes war er oft in saunigen, an Verhandlungen seiner Gewerkschaft im Reich teilzunehmen und mußte sich so der Teilnahme an der einen oder anderen Abstimmung entziehen.

Besonders hervorgehoben sei jedoch, daß fortwährend zu mir als Fraktionsvorsitzender Genossen kommen, die sagen, daß sie in die Sitzung verfallen wollen, weil sie sich zu einem Referat in einer öffentlichen Versammlung oder auf einer Bezirks- oder Landesbesitzkonferenz ihres Wahlbezirk oder eines anderen Bezirkes verpflichtet hätten. In vielen Fällen habe ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren können, den Genossen zu sagen, daß sie wegen einer wichtigen Abstimmung eine einberufene Parteiverammlung sitzen lassen sollten, denn nicht in allen Fällen ist noch rasch genug geeigneter Ersatz zu schaffen. Wenn die Dispositionen von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie freiz im Reichstage präsent sind, um reiflich ihre Pflicht zu erfüllen, so müßten sie die Abgeordneten während der Tagung des Reichstages von der Teilnahme an Versammlungen und Konferenzen entbinden. Ich brauche wohl nicht besonders zu vermerken, daß das durchaus vom wünschenswerten Zustand wäre. Ich selbst gehöre zu den Abgeordneten, die fast an sämtlichen Abstimmungen teilnehmen, weil ich habe a. B. im April auch einen Bescheid gehabt, weil ich an einer Bezirkskonferenz reisen mußte, auf der zu referieren ich mich Wochen vorher verpflichtet hatte. Das Letztere spielt nämlich auch eine Rolle. Die Dispositionen des Reichstages sind nicht auf Tagung geschweige denn Wochen geschweige denn Tage vor dem Reichstag mit Sicherheit wissen, ob an jenem Tage eine wichtige Abstimmung stattfindet oder nicht.

Wer so im Einzelnen untersucht, welche Gründe gegebenenfalls die Abgeordneten veranlassen, im Reichstag zu fehlen, wird sich abgeben müssen, daß eine Veröffentlichung der Namen und der Gründe des Fehlens — denn beides zusammen könnte nur in Betracht kommen — der Abgeordneten keineswegs wünschenswert ist. Endlich heißt es im Antrage „Bannweiser“, daß das Verhalten der Abgeordneten von den Gegnern politisch agitatorisch ausgenutzt würde und dies unmöglich gemacht werden müsse. Bei der angegebenen Schlußabstimmung über das Arbeitszeitgesetz haben 9 Kommunisten und außerdem 6 aus der kommunistischen Reichstagsfraktion hinausgeworfene linke Kommunisten gefehlt, im ganzen also 33 Gegner des Gesetzes. Von den Regierungsparteien und den Anhängern des Gesetzes haben aber 67 gefehlt. Das ist nicht, denn es ist bekannt, daß eine große Anzahl den streikstreifen Schärfermachern nachstehender berufstätiger und berufsvollständiger Abgeordneter für das Zustandekommen dieses Gesetzes keineswegs Interesse zeigten.

In England, dem Mutterlande der Parlamente, hat sich schon längst die Gewohnheit herausgebildet, daß ein Abgeordneter, der aus wichtigen Gründen dem Parlament fernbleiben muß, sich erkundigt, ob ein anderer Abgeordneter nicht aus Ursache des Fehlens hat. Sie vereinbaren dann zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre gemeinsame Abwesenheit. Man nennt das „absentee“. Deutschland haben wir leider so viele Parteien, die dieser Gewohnheit unbekannt sind, daß sie sich nicht über die Verhältnisse informieren. Aber ich glaube auch nicht, daß es notwendig wäre, mit den Parteigenossen und den Deutschen Volkspartei-Verbindungen über das Absentee zu treffen, weil meiner festen Ueberzeugung nach auch nicht zu entschuldigendes Fehlen eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Fraktion bei wichtigen Abstimmungen als Ausnahme ist, daß besondere parteiethische Vorschriften werden. Verletzung der Pflichten des Abgeordneten nicht erlassen zu werden brauchen.

die in einzelnen Schulhäusern untergebrachten Schulabteilungen der Direktoren nach § 30 des Gesetzes gestellt werden. Sind in den genannten Städten keine Stadtschulämter errichtet, führen die Direktoren der Volksschulen die Amtsbefugnisse der Stadtschulämter. Sofern ein Bedürfnis vorliegt, können auch für einzelne Volksschulen solcher Schulen Direktoren bestellt werden. Die Ernennung der Direktoren soll im Bewerbsverfahren durch die Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Stadtrat bzw. Gemeinderat erfolgen. — Ein demokratischer Antrag will die Materie vereinfachen und § 30 Abs. 1 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 einfach lesen: „Volksschulen und Schulaufstellungen. — Ein vorkommender Antrag will folgende Fassung: „In den Volksschulen der Städte mit Stadtschulämtern können für die einzelnen Volksschulen Direktoren nach § 30 des Schulgesetzes bestellt werden. Die Bestellung der Direktoren kann auch für einzelne Fachabteilungen solcher Schulen erfolgen. Die Ernennung soll nach Änderung des Stadtrats erfolgen.“

Der Begründungen dieser Änderungsanträge durch die Antragsteller folgt eine eingehende Besprechung der Anträge durch den

Die Frauen von Tannö

Roman von Ernst Zahn

8

(Nachdruck verboten)

Tuor war verwirrt und verlegen wie ein Schulfraue, obwohl er schon ein alter Mann war, seine Hundswandlung Jahre über die Justina hinaus.

„Willst du es sagen?“ fragte er endlich. „Oder soll ich — am nächsten Jahrtag?“

Die Justina meinte: „Er wird jetzt übel tun. Es ist jetzt die unredliche Zeit.“

Da kam Tuor bis an den Wagen heran, stellte sich neben das Mädchen und legte den Arm auf die Wagenbrücke. „Meinst du, daß es auch die Krankheit haben wird?“ fragte er.

Das Wort warf er die rechte Angst auf sie.

Sie hatten ein Verhältnis. Seit Jahren schon. Seit die Justina kein Kind mehr war. Der Knecht war das nächste Menschenbild gewesen, als in dem Mädchen die Keite sich geregt hatte. Der im Hause als Inventarstück stehende hatte sie als Kind schon auf den Knien gemiegt. Die Vertraulichkeit ging weiter, als sie älter wurde. Eines Tages wurde auch die Arbeitsmaschine, der Knecht, warm. Da verführten sie einander, fast unbewußt, aus lauter Darmlosigkeit.

Aber nun lastete die Angst auf ihnen. Nicht, weil sie es den Alten sagen mußten! Das war ihnen seit zwei Wochen zwar unangenehm; allein das konnte und mußte überstanden werden. Aber etwas anderes bedrängte sie. Der Tod des Bruders hatte sie zuerst darauf gebracht. Jetzt war ihnen, als sähe ihnen eine Braut im Nacken. Sie duckten sich, drückten sich herum am Wagen und auf der Deichsel.

„Es wird sie sicher haben, die Krankheit.“ sagte die Justina verächtlich.

Der gutmütige Tuor setzte die Laterne zu Boden. Die schwere Hand sätzte ihm.

„Wird sie selber haben, wenn es ein Bub wird.“ murmelte Justina, „oder sie weitertragen, wenn es ein Mädchen ist.“

„Und sie werden es uns vorhalten.“ emänsie Tuor.

„Alles sprachen sie sechacht, mit launen, nachdenklichen Bausen, zwischen den einzelnen Sähen. Am Ende war die Frau die leichtfertigere oder die mutigere. Justina stand stumm auf, suchte nach

eines und meinte dann mit mühsamem Lächeln: „Haben müssen wir es jetzt. Da ist nichts zu ändern.“

Tuor schielte sein gedrücktes Wesen. „Und gesagt wird es sein müssen“, sprach er. Darauf ging er langsam der Heubodenstiege zu. „Gelegentlich riet“, Justina. „So eilig ist es noch nicht.“

Sie standen nun ein ganzes Stück von einander entfernt, nicht, als hätten sie einander eben das Gesprächslosende der Welt gesagt, auch nicht als ob sie ein Liebespaar wären. Dann gingen sie auseinander, die Justina aus dem Stall, Tuor nach der Heubode. Nur in der vorliegenden Art, mit welcher das Mädchen die Stalltüre sumachte und in der Schwere, mit welcher der Knecht die knarrende Treppe hinaufstieg, lag die Wucht ihrer Sorge.

Daniel Pianta amtierte seit ein paar Tagen als Lehrer in Tannö. Er konnte nicht sagen, daß es ihm an Abwechslung gefehlt hätte. Seit sein Einzug mit einem dramatischen Zwischenfall eingeleitet worden war, hatte er an Dorf, Leuten und Natur so viel Eigenartiges und Besselndes gefunden, daß er wohl Zeit gehabt, zu schauen und zu staunen, nicht aber, alle die neuen Eindrücke in sich zu verarbeiten. Und wenn er vielleicht gemeint hatte, dem Leben in Tannö gleich von Anfang an seinen eigenen Stempel aufzudrücken, so hatte ihm dieses Leben gerade, dahin und dorthin gestellt und ihm gezeigt, daß er nur ein kleines Glied in einer Kette war.

Heute war ein Sonntag. Die Predigt war vorüber, und Pianta kam aus dieser Predigt, einem schmucklosen, barockförmigen und doch das Herz packenden Sermone Jonathan Vürns, heim in seine Zweimmerwohnung im Schulhaus. Sein Kollege Ammann, der verheiratet war und im Nebenstod mit seiner Familie wohnte, war mit ihm gegangen, aber sie fanden sich nicht so recht zusammen, waren immer ein paar Schritte auseinander geblieben, so als traute einer dem andern nicht recht. „Wir zwei können einander nichts sein.“ sagte sich Pianta zu allem Anfang.

Der Lehrer betrat sein Wohnzimmer. Sapperlott! Die Stube gefiel ihm an diesem Sonntagsmorgen. Ihre Transtüchtheit überraschte ihn gleich als er einztrat und den Hut an den Türnagel hängte. Frische Luft füllte sie, denn das Fenster stand offen; verzogen mit der menschengedüllten Kirche und der belebten Straße war die Stube merkwürdig still. Pianta trat einen tiefen Atemzug. Es war ihm, als sei er seit seiner Ankunft noch nie allein, noch nie so für sich gewesen. Dann setzte seine Gedanken dort ein, wo sie ihn

bei seinem Einzug gehabt hatten: Nun war er in diesem Tannö, nach welchem ihn die Neugier getrieben! Er bereute nicht, daß es so gekommen war. Ein eigenartiges Volk! — Ein schönes Land! — Und diese Stube hier! Auch sie sagte ihm zu mit den vier kleinen weiß verputzten Wänden, mit dem spärlichen Gerät und den kleinen weißen Vorhängen am Fenster. Er fragte nicht nach Staat, dem weißen Wolltuch am Fenster. Er fragte nicht nach Staat, dem weißen Wolltuch am Fenster. Er fragte nicht nach Staat, dem weißen Wolltuch am Fenster.

Er schloß die Augen gegen das Fenster hin, die Hände in den seiner weiten Hosen gesteckt. Als er hinausblinnte, hielt ihm das Bild der Landschaft fest. Sie war vom ersten Schnee des Jahres, den ein Frost dauerhaft gemacht hatte, übersudert. Als schmerzlicher Reiz lag er auf Dächern und Felsblöden. Die Tannen trugen ihn leicht und stolz auf unangelegten Zweigen. Da und dort hatte ein schwarzer Jaunfahel eine leichte, lustige Mühe an. Wenn sich kam die Sonne. Man mußte nicht wies und moher; wenn sich kam die Sonne. Man mußte nicht wies und moher; wenn sich kam die Sonne.

Die Dorfstraße war feucht. Die Sonne vermochte ihr den Schnee da und dort zu nehmen. Vorübergehende drückten über dem Spur ihrer Schritte ein. Die letzten Ritzgänger, die sich bei dem Gespräch an der Tür eines Bekannten oder bei einem Glase im Wirtshaus noch aufhalten, kamen vorüber. Einer blühte am Fenster hinauf und arktische. Es war ein Mann, der im Hut sah und hatte Pianta vorhin nach dem Gottesdienst eine Schmelzele gesagt: „Ihr versteht das Oragn, Herr Lehrer.“

Bei seinem Anblick fiel Pianta ein, daß ihm selbst beim Nachhausegehen überhaupt viele Bilde gefolgt waren. Er wußte auch, daß die von Tannö sich wunderten. Er, Pianta, hatte immer ein ein tüchtiger Oragnist geollten. Und heute, das fühlte er, hatte er besser denn je, aus innerem Oragn heraus gespielt. Die Oragn war die rechte Stimme, wenn es etwas aus dem Oragn heraus zu jubeln oder zu flagen gab. Und das Herz war ihm, Pianta, zum Bersten voll. Von nichts Erfklärbarem, noch widersprechendem Gefühlen, aber von großen, aus Tiefen auellenden. Er hatte außer nichts, gesunde, auch äußerlich merkwürdig ansehnliche Kinder mit Schiller im Dorf gefunden. So lockten ihn die Pflichten seines Berufes. Aber da war noch mehr, weit mehr!

(Fortsetzung folgt.)

Erste Gläubiger-Versammlung der Firma Gebr. Himmelsbach A.-G.

Freiburg i. B., 7. Mai. Auf Einladung der Firma Gebr. Himmelsbach A.G. wurde heute hier eine erste Gläubiger-Versammlung abgehalten, der von den geschäftsführenden Personen über den Status der Gesellschaft ein Bericht vorgelegt wurde. Darin heißt es u. a., daß das Aktienkapital verloren sei und für die ungedeckten Gläubiger bilanziell eine noch nicht genau ermittelte Quote in der Masse liege, wenn man zunächst vollständig davon absehe, die Ansprüche an die Bologna, sowie diejenigen an das Reich und die Länder zu berücksichtigen. Im Falle des Konkurses würden die Bilanzwerte bei Veräußerung der Aktien nicht erzielt werden können und in diesem Falle würden die ungedeckten Gläubiger mit einer sehr geringen Quote zu rechnen haben. Der hauptsächlichste ungedeckte Gläubiger ist die Geisenkirchener Bergwerks-A.G. mit 8,7 Millionen Mark. Nach Ansicht der geschäftsführenden Personen liegt die entscheidende Ursache für die gegenwärtige Situation in den Betriebsstörungen und Verlusten, welche die Gesellschaft infolge der von mehreren Ländern verhängten Geschäftsperre erlitten habe und die sich gegenwärtig bilanziell auf 5,6 Millionen Mark belaufen. Die Fortführung der Geschäfte halte die Geschäftsaufsicht für angängig und für durchaus geboten, weil die Stilllegung mit sehr großen Verlusten an Anlagevermögen und Warenbeständen verbunden sei. Für die Fortführung der Betriebe müsse allerdings die Gesellschaft in finanzieller Hinsicht stark entlastet werden. Es sei daher eine Gesellschaft für Holzhandel m. b. H. in Freiburg i. B. gegründet worden mit dem Zweck, der Gebrüder Himmelsbach A.G. den Holzverkauf und seine Finanzierung abzunehmen. Die erforderlichen Bankkredite seien der neuen Gesellschaft für diesen Holzverkauf zugesagt worden unter der Voraussetzung, daß die alte Gesellschaft aus ihren freien Aktiven Sicherheiten für etwaige Ausfälle Rückstellungen ihrer Verbindlichkeiten stellen. In Ergänzung des Geschäftsaufsichtsbereichs wurde mitgeteilt, daß die Firma Revisionsleistungen an Frankreich in Höhe von 16 Millionen Reichsmark auszuführen hat, die eine Beschäftigung der Betriebe für etwa 1/2 Jahre garantieren, wenn die Firma für die Ausführung der Arbeiten das notwendige Holz bekommen könne. Kennzeichnend für die Lage seien auf den Betrag von 16 Millionen nicht gezahlt worden. — Aus der Gläubiger-Versammlung heraus wurde die Anregung gegeben, im Wege einer Resolution an den Reichstagsrat und die Regierungen der beteiligten Länder heranzutreten und sie aufzufordern, mit möglichst beschleunigter im Interesse der vielen Kaufleute an dem Fortbestand der Betriebe beteiligten Personen den Geschäftsvorbehalt mit der Firma wieder aufzunehmen, unbeschadet des Fortgangs der Versteigerungsverhandlungen. In diesem Sinne wurde seitens der Gläubiger-Versammlung ein Beschluß gefaßt, der auch der badischen Regierung mitgeteilt werden soll mit der Bitte, vermittelnd tätig zu sein. — Im übrigen fand der Bericht der Geschäftsaufsicht seitens der Gläubiger-Versammlung Zustimmung. — Ein formeller Beschluß hierüber konnte jedoch nicht gefaßt werden, da es sich um eine von der Firma einberufene Gläubiger-Versammlung handelte. Die Geschäftsaufsicht erklärte ihrerseits, daß sie entsprechend der Tendenz ihres Berichtes unter Zustimmung der Gläubiger-Versammlung bezw. des Gläubigerbeirats alle erforderlichen Schritte tun werde, um eine Fortführung der Betriebe sicherzustellen.

Nationalistische Kabriolen eines Industrie-Geheimrats

München, 6. Mai. (Ca. Bericht.) Auf der Tagung des bayerischen Industriellenverbandes, die am Donnerstag unter Teilnahme der bayerischen Regierung und einer großen Zahl hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in München abgehalten wurde, verlas der Präsident des Verbandes, Geheimrat Lippart, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, eine Rede, die in ihrem politisch-wirtschaftlichen Teil ein klares Beispiel engstirnigen Nationalismus und schamloser Größensucht darstellt und Zeugnis dafür ablegt, mit welcher Feindseligkeit deutsche Industrieführer der Republik und ihrem künftigen Inhalt gegenüberstehen. Lippart führte u. a. aus:

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist es vor allem das Uebermaß an Steuerlasten, eine unere Kräfte weit übersteigende Sozialpolitik und die Ueberspannung des behördlichen Verwaltungsapparates, die unserer Entwicklung als unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Auf politischem Gebiete ist es das alte, deutsche Erbfeind der Sonderinteressen der parteilichen und konfessionellen Parteipolitik sowie die Zunahme des Materialismus, welche uns daran hindern, wieder eine starke und einheitliche Nation mit selbstbewußtem Sinne zu werden. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 schien es fast, als ob die Idee des Vaterlandes dem deutschen Volke in seiner Mehrheit verloren gegangen sei. Anstatt im Anstand sich um so enger an das Vaterland anzuschließen, suchte man verzweifelt nach Schuldigen im eigenen Volke, um sie den stolzen Feinden preiszugeben, man vertauschte die freiwillig niedergeborenen Waffen schamlos mit Freischützern, um zur Völkervereinigung aufzurufen. Das Ergebnis dieses Verrates am Vaterland war das Versailles Diktat, eine verdiente Strafe. Wir sind zusammengebrochen, seit das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sich zur Idee des Vaterlandes, die Bismarck ihm aneubete, nicht bekennen wollte. Dem Deutschen Volk ist mit seiner Größe auch die Liebe zum Vaterland eingeschunden. Freilich haben sich die hier und da nationale Strömungen gezeigt, aber sie haben mit Ausnahme der Niederwertung des landfremden Bolschewismus zu einem praktischen Ergebnis nicht geführt. So sind alle nationalen Uebel des Volkes am Kreis der Führer untereinander, von denen jeder die Vaterlandsliebe für sich allein gepachtet haben wollte, gescheitert. Wir haben heute noch keine einheitliche nationale Bewegung, die den größten Teil des Volkes umfaßt. Man kennt nur allein in einem ganz bescheidenen Teile unserer Arbeiter Bekanntheit für den Begriff „Vaterland“. Gewisse Arbeiterführer versuchen, die Arbeiter international zu orientieren. Das ist verwerflich. Der deutsche Arbeiter war um seiner Loyalität und seines Fleißes hoch geschätzt in der ganzen Welt. Er ist ein Hauptfaktor in der Wiederaufbauung unserer niedergeborenen Wirtschaft. Ohne ihn geht es nicht. Darum ist es von den Arbeiterführern geradezu ein Verbrechen, die nationale Einstellung unserer Arbeiterschaft zu hemmen. Den Schaden werden die Arbeiter selbst zu tragen haben. Ich stelle es als eine erzieherische Aufgabe fest, daß die Bestrebungen der vaterländisch gesinnten Arbeitervereine mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.“

Regelung der Liquidations-schädigung

Ein Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung der Ansprüche der Liquidationsgeschädigten wird — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — dem Reichstag noch in seiner Sommertagung vorgelegt werden. Dem Inhalt des Entwurfs liegen die zahllosen Eingaben von Verbänden und Geschädigten zugrunde, die den zuständigen Stellen seit Jahren Vorschläge für ihre Schadloshaltung unterbreiten.

Die Vorarbeiten für dieses Gesetz sind schon seit längerer Zeit im Gange. Wäre der Haager Schiedspruch im Sinne des deutschen Standpunktes ausgefallen, so hätte die Ausarbeitung des Gesetzes erübrigt. Nachdem aber der Haager Gerichtshof entschieden hat, daß die für die Liquidationsgeschädigten notwendigen Summen nicht auf das Konto Reparationen verrechnet werden dürfen, ist es unbedingt nötig, diese Frage endgültig zu regeln.

Ueber den Inhalt der Vorlage sind die letzten Entschlüsse noch nicht gefaßt. Von zuständiger Seite verlautet aber, daß die wirtschaftlich Bedrängten in ihr und die übrigen mit einer Schuldverschreibung abgefunden werden sollen, wobei man daran denkt, letztere unter gewissen Bedingungen Lombardierungsfähig zu machen.

Gemeindepolitik

Singen. Der Gemeinderat von Singen hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, zur Erinnerung an den ersten Präsidenten der Deutschen Republik Friedrich Ebert den Platz bei der Wiederholung und Kommissarstraße Ebert-Platz zu benennen.

Willingen. In der letzten Bürgerauschussung wurden sämtliche Vorlagen einstimmig genehmigt, so die Ermäßigung des Lichtromtarifs von 46 auf 40 Pf. pro Kilowattstunde, die Befreiung ermäßigter Gaspreise für Raumheizung, die Einführung einer Vermögenssteuer, die Erhöhung des Kredithöchstbetrages bei der Städtischen Sparkasse von 20 000 auf 30 000 M., die Erstellung eines besonderen Arbeitsamtsgebäudes, sowie die Erlassung einer Gemeindefürsorge für das Wohlfabrikweien. Die vorgesehene Beschlußfassung über den Rathausumbau mußte wegen Erkrankung des Oberbürgermeisters zum zweiten Mal von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Aus dem Gemeinderat Gengenbach

519 Festmeter Kuchholz werden dem hiesigen Sägewerk zu 138 Prozent der Landesgrundpreise zum Kauf angeboten. — Die Brennholzbeifahrer werden Rüste und Rüste zum Preise von 1.50 M pro Ster übertragen. — Die Brennholzverfeinerung brachte einen Erlös von 1744.50 M, der Umlage betrug 1634 M. Das Umlagenkonto ca. 220 Meter langen Geländers am Seigerbach wird dem Reichsanwalt Rudolf Lehmann in Gengenbach zu seinem Anrecht von 5.80 M pro sqd. Meter übertragen. — Die hiesige Gemeinnützige Bauvereinsgesellschaft erhält für ihren Neubau auf dem Grün einen weiteren Kredit in Höhe von 10 000 M unter Bürgschaft der Gemeinde bei der hiesigen Sparkasse eingeräumt. Den über 5 Prozent übersteigenden Zins trägt die Gemeinde. — Da nach den vorgelegten Plänen und Kostenvorschlägen die vorgesehene Erstellung von 8 Wohnhäusern im Flachsberg (hogen. Voraden) zu teuer kommt, beschließt sich der Gemeinderat, für den gleichen Preis einen Hochbau erstellen zu lassen. Da die Meinungen über Hoch- oder Hochbau im Gemeinderat so ziemlich geteilt waren, sollen dem Bürgerauschuss beide Projekte zur Entscheidung vorgelegt werden. — Nachdem der Gemeinderat am 19. 12. 28 in seinen Einnahmen und Ausgaben vom Gemeinderat lomeit fertig war, gab der Stadtrichter die Höhe der zu erhebenden Umlage bekannt. Da diese eine beträchtliche Höhe erreichte, mußte die Umlage einmündig unter Zustimmung der Bürger ausgesetzt werden, ob nicht in manchen Positionen noch eine Ersparnis möglich ist.

Beachten Sie bitte
die neue Adresse
Waldstraße 28
fernruft 7020/21
Verlagsdruckerei
Volksfreund s m b s

Aus dem Gemeinderat Oberkirch

Mit der Uebertragung der Straßenherstellungsarbeiten im ehemaligen Kraußchen Garten an den Erwerbslosen Friedrich R e r n erklärt sich der Gemeinderat einverstanden. — Der Bauauschuss (1. Neubau, 2. kleinere Bauausführungen und eine Baubehaltung) werden dem Gemeinderat dem Bestreben vorgelegt. Ein Antrag auf Erhöhung des städt. Baubehaltens wird angenommen. Zwei Gesuche um Gewährung von städtischen Baubehalten werden genehmigt. Bei dem einen Gesuch kann ein städt. Darlehen für die zweite Wohnung nur genehmigt werden, wenn die Wohnung für den Wohnungsmarkt hier tatsächlich in Frage kommt. — Grundbesitzer tritt der Gemeinderat dafür ein, daß die vom Bürgerauschuss angebotenen Richtlinien für Gewährung von verbilligten städtischen Baubehalten genau eingehalten werden. Wenn in dem einen oder anderen Fall das beantragte städtische Baubehalten nicht in vollem Umfang gewährt werden konnte, so liegt dies daran, daß den Bestimmungen in den Grundbesitz nicht in vollem Umfang Rechnung getragen wird. — Da für die Uebertragung der Baubehaltung an den hiesigen interessierten Hausbesitzer hinreichend das Fehlen gleichzeitiger Angebote eingereicht wurden, beschließt der Gemeinderat, nachmalige Aufhebung der Baubehaltensangelegenheit. — Für die Gemeindefürsorge und Sanddieselschule sind einige unbedingte nötige Einrichtungsgegenstände zu beschaffen. — Ein von der Bad. Distriktszentrale vorgelegter Verbandsentwurf für Aufnahme eines Darlehens wird aufgegeben. Zwei Zweckmäßigkeitserwägungen wird zunächst ein kurzfristiges Darlehen aufgenommen. Auch von der Bürgerauschuss bzw. Befreiung von Körperlichkeitsbeamten ist ein Darlehen zu ähnlichen Bedingungen aufgenommen. Die Aufnahme des Darlehens ist von Bürgerauschuss bereits genehmigt für Finanzierung der von der Gemeinde zu errichtenden Wohnungen auf der Gerichtsweiermat und Fußmat und für Ausleistung als Baubehalten an private Bauunternehmer zu verbilligtem Zinsfuß. — Die Auszahlung des Beitrags für Beschaffung der einheitlichen Rüste für die Mitglieder der Sanitätskolonne wird genehmigt. — Von der Einleitung der allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal zum Einweihungsakt im Erholungsheim (früher Guelmeier) am nächsten Sonntag, 8. Mai ds. J., vormittags 11 Uhr, wird beständend Kenntnis genommen. — Die Jahresberichte der Real-, Gewerbe- und Sanddieselschule werden bekannt gegeben. — Einigen Gesuchen und Ermäßigungen bzw. Befreiung von der Feuersteuer wird entsprochen; zwei Gesuche müssen abgelehnt werden. — Der Fortschende ist bekannt, daß am 16. Mai ds. J. eine Reichsbauauschussung stattfindet. Der Hauptzweck der Ausschussung ist die Ermittlung des Wohnungsbedarfes in allen Gemeinden. — Dem Gehalt des Kinobehalters Schöpel um Befreiung von der Luftfahrzeugsteuer für einen Kulturfilm wird entsprochen. — Vom Fortschritt wird wiederholt die Benützung von Torfstreu empfohlen. Vom Staat wird der Bezug von Torf dadurch unterstützt, daß die Transportkosten auf die Staatskasse übernommen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß sich Torf sehr gut als Streumittel eignet und sich in den letzten Jahren viele Landwirte für den Bezug entschlossen haben. Die mit Torfstreu gemachten Erfahrungen seien durchwegs günstig. — Ein Anwesen wird geschätzt.

Kleine badische Chronik

* Pforzheim. Als Donnerstag vormittags ein mit Sand beladenes Lastauto durch die Schulze-Delisch-Strasse hier fuhr, wurde ein 4 1/2 Jahre altes Kind von dem Auto die Straße überrollt. Das Kind wurde vom Auto erfaßt, überfahren und sofort getötet. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

* Willingen. Eine schwerer Verbrennung erlitt in einem hiesigen Industriebetrieb ein Arbeiter, der in einem Bottich fiel, in dem sich Schwefelsäure befand. Er mußte in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus verbracht werden.

* Freiburg. Als Luftsturz zur Erweiterung des Freiburger Hauptbahnhofes hat man mit dem Bau einer Unterführung an der Basteiandstraße begonnen. Damit kommt dort der schienenartige Uebergang in Wegfall. Gleichzeitig mit dem Bau der Unterführung wird die Basteiandstraße vom Stödiende bis nahe an die Gemarlungsgrenze von St. Georgen weiter nach links verlegt. Man hofft, die Arbeiten bis zum Herbst beenden zu können.

* Flammweiler. Kurz vor der Verbeugung wurde die Leiche eines hiesigen Landwirts durch die Staatsanwaltschaft Freiburg beschlagnahmt, weil man annahm, daß der Tod des Mannes durch Mordhandlung eingetreten sei. Das ärztliche Gutachten erweist jedoch, daß übermäßiger Alkoholgenuß zum Tod geführt hat.

* Gemkirch. Als der Knecht des Hotel zu m. B. durch den Feld heimkehrte, gingen ihm die Pferde durch. Zwei Mädchen, die auf dem Wagen saßen, wurden herabgeschleudert, die eine erlitt erhebliche Kopfverletzungen und blieb bewußtlos liegen, während die andere einen Armbruch erlitt.

* Steinen A. B. Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung haben die Gebrüder Grießbaum, welche der Sinnerrei und Weberei Steinen 30 000 M. Lohngebühren raubten, die Sinnerrei von langer Hand vorbereitet. Sie waren zu diesem Zweck fünf bis sechs mal nach dem Fabrikkomplex eingeschlichen, um über den Weg zum Kassenkassett genau zu veranschaulichen. Der Aufbruch mit dem Geld haben sie weagewillern, weil sie sich irrtümlicherweise vereselt glaubten. Den Forderungen des Beschlusses, einer Landwirtsfrau und ihrem Dienstmädchen, sind als Lohnsumme 800 M. überwiesen worden. Mit namhaften Wohnungsverhältnissen hat man auch die Gendarmerei- und Kriminalbeamten bedacht, die an der Aufklärung des Falles mitwirkten.

* Konstanz. Die Unfälle des Nichtbeachtens von Verkehrsregeln und Motorbooten hätte demnach zu einem großen Unfall geführt. Als das Motorboot Stadt Konstanz von Weersburg abgefahren war und sich bereits in voller Fahrt befand, wurde das Schiff von einem veranlaßt durch einen Blitzstrahl, auf ein herannahendes Motorboot aufmerksam, das in voller Fahrt seinen Kurs direkt auf den Bug des Schiffes richtete. Trotz Verurteilens des Steuerers und sofortiges Stoppen des Dampfes, was mit voller Kraft rückwärts arbeitete, konnte der Zusammenstoß nicht vermieden werden. Das Motorboot, das erst am Tage vorher ins Wasser gelassen wurde, zerstückelt am Bug des Schiffes. Die Insassen, Bürgermeister Klingenstein und sein Helfer Bürkle von Weersburg, wurden vom Tode des Ertrinkens gerettet.

* Mühlhausen bei Wiesloch. Der Landwirt Ludwig Sailer von hier wurde am Dienstagabend, als er von der Arbeit nach Hause fuhr, durch ein Lastauto so unglücklich anein gefahren, daß er in bewußtlosem Zustande nach Hause gebracht werden mußte. Der Unfall ist auf den starken Verkehr zurückzuführen, jedoch Störungen auftraten.

* Ludenburg bei Mannheim. Donnerstag nachmittags fuhr ein mit Salz beladenes Schiff bei der Staustufe in Ludenburg fest und kam quer vor die Weiler zu liegen, wodurch die Schiffsahrt während des ganzen Nachmittags gesperrt war. Das Schiff konnte erst am Abend spät mit vieler Mühe wieder flott gemacht werden.

* Mannheim. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr wollte sich ein 46 Jahre alter Korbflechter aus Ludwigsbühl von der Friedrichsbrücke hier in den Neckar stürzen. Passanten hielten ihn von seinem Vorhaben ab und brachten ihn in das Allgemeine Krankenhaus. Wegen eines unheilbaren Leidens wollte er sich das Leben nehmen.

Orientierungstafel in Kagen. Auf Veranlassung des Verkehrsvereins Kagen ist auf dem Bahnhofplatz der Station Kagen eine große Tafel, die in Wort und Bild eine Anzahl der beliebtesten Ausflugsorte in das Aghental dem Wanderer kenntlich macht, aufgestellt worden. Auch der Bahnhofslatz hat durch Verpflanzung von Bäumen ein neues Bild erhalten.

Eine neue Schwarzwaldfahrt. Eine Schwarzwaldfahrt bildet die bekannte Lorenz Landkarte vom Schwarzwald im Maßstab 1:150 000 in vier großen Blättern, von welchen zwei durchschenebener und verbesserter Auflage vorliegt. Preis 1.25 M. (Reise- und Verkehrsverlag Freiburg i. Br., Verlagsstr. 42). Bei einer überaus schön vornehmen, ruhigen und freien Darstellung und dringt die Karte alles, was für den Touristen, Reisenden und Automobilisten in Frage kommt. So die drei Höheren, Zugangs- und sonstige schöne Touristenwege, außerdem alle Augenblicke der Naturfreunde hin. Die Karte hat zudem noch Höhenlinien, die sehr schön und leicht lesbar. Wir beglückwünschen den rührigen Verleger zu dem kartographischen Meisterwerk!

Zwei wichtige Neuerungen im Kraftstoff-Verkehr. Die in einigen Oberpostdirektionsbezirken probeweise eingeführten sogenannten Selbstfahrerkarten haben sich bewährt. Das Reichspostministerium hat daher die Beschaffung dieser Karten unter einheitlichen Bedingungen genehmigt. Die Karten betreffen zu zehn Fahrten innerhalb von zwei Monaten und sind übertragbar. Die daraufhin eingeräumte Fahrpreisermäßigung von 20 v. H. wird in weiten Kreisen der Bevölkerung, die eine gewisse Benützung von Kraftstofflinien angewiesen ist, mit Genugtuung begrüßt werden. — Nach eine andere Neuerung im Kraftstoffverkehr wird amtlich bekanntgegeben. Das Reichspostministerium hat zugunsten aller Reisenden, die die Kraftstoffbenützung eine Unfallversicherung abgeschlossen, die für den Reisenden den Vorteil hat, daß die Geltendmachung von Ansprüchen des Reisenden dem in Prozess oft schwer zu erbringenden Nachweis des schuldens abhändig ist und für Unfallfolgen der Höhe nach die seitgemäß ausprehende Entschädigungen vorgezogen sind. Die Benützung eines fremden Kraftwagens vielfach gar nicht möglich. Welche ungünstige Stellung sie bei Unfällen gegenüber dem Kraftfahrzeughalter haben, werden es besonders begrüßen, daß sie in Reichshöhe zu sehr günstigen Bedingungen treten.

Markt und Handel
Auelingen. Schweinemarkt vom 4. Mai. Zufuhr: 7000 Stück, Räufer nicht, Preise für Ferkel 30-45 M. Markt geräumt. Nächster Markt am 11. Mai.

Ozonil
kommt!

Sinner-Biere

kräftig, erfrischend
und wohlbekömmlich

Gegr. 1887

Städt. Sparkasse Baden-Baden

— Mündelsicher —

Führung v. Spareinlage-,
Giro-, Scheck- und
Kontokorrentkonten
An- und Verkauf von
Wertpapieren
Offene Depots — Schließfächer
Zeitgemäße Verzinsung.

Kaufen Sie nur

Aeska-Karamellen

Adolf Speck A.-G.
Zuckerwaren-Fabrik.

Bankhaus

Veit L. Homburger

KARLSRUHE I. B., KARLSTRASSE 11

Gegründet 1854

Telefon:

Ortsverkehr 36, 36, 4891, 4892. Fernverkehr 4893, 4894, 4895
Postcheck-Konto Nr. 36

„Schrempp-
Printz-Bier“

Am besten
mundets mir!

Mannheim

Badische Bank

Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Eis- u. Kühlwerke

Mineralwasserfabrik

Fabrik und Vertrieb des alkoholreinen
Getränktes „Bronte“

Hergestellt aus brasiliani-
scher Mate, sehr anregend,
erfrischend und gesund-
heitsfördernd. Aerztlich
nur bestens begut-
achtet.

Verlangen Sie überall Bronte!



EISFABRIK
Baden-Badener
Sprudel

Baden-Baden

Bier-Grosshandlung

Moninger Biere, Münchener Hecker-
u. Augustinerbräu, Fürstenbergbräu

Bronte-Vertreibsstellen:
Bahr & Basler, Karlsruhe
Zirkel 30, Tel. 255; Eisfabrik
Kirchner, Achern, Tel. 116;
Wagner & Krämer, Baden-
Baden, Tel. 893

Jeder Arbeiter soll Bronte trinken!

P. M. Gräfinger, Rastatt

Teppiche, Läufer, Linoleum. Damen- u. Herrenwäsche.

Manufaktur-Waren aller Art.
Herren- u. Damenkleiderstoffe
Ausstattungs-Artikel, Damen-
Kinder- u. Herren-Konfektion.
Große Auswahl. Billige Preise.

„Kallinich“, höchste Qualitäts-Zigaretten
in den Konsum-Preislagern.
Kallinich-Zigaretten-Fabrik, Rastatt (Baden).

VERLANGEN SIE

HAID & NEU

NÄHMASCHINEN

UNÜBERTROFFEN AN
LEISTUNGSFÄHIGKEIT
und
ELEGANZ
der
MÖBELAUSSTATTUNGEN



NÄHEN
STICKEN
STOPFEN



IN KARLSRUHE
nur bei
AUG. NEUESÜSS
KRIEGSSTRASSE 74
erhältlich

Theodor Baumgartner

Lichtenthaler-
straße 38 Baden-Baden Fernsprecher
Nr. 476

Spezial-Geschäft für elektrische Installationen.
Zweiggeschäft Baden-Oos, Bahnhofstr.

Reserviert

Otto Stoll Karlsruhe

Kaiserplatz

Spezialgeschäft für den Haushalt

Aluminium - Emaille - Holz - Blechwaren
Gasherde - Kohlenherde - kombinierte Herde
Haushaltungsmaschinen - Volksbadewannen



MILCH

ist das bekömmlichste, nahr-
hafteste, billigste und ge-
sündeste Volksnahrungsmittel.

Milch von nur einwandfreier
Beschaffenheit erhalten Sie von der

Milchzentrale Karlsruhe G.m. b. H.

Telefon 4624 Lautenbergstr. Telefon 4625

bezw. durch die angeschlossenen
80 Milchhändler

Yoghurt

verlängert Dein Leben (nach
Prof. Dr. E. Metschnikoff).

Ein stets frisches, tadelloses und
gleichmäßiges Produkt erhalten Sie
von der

